**(63) Kap. 3: Novemberpogrome – Vertreibung der jüdischen Bevölkerung**

In Bezug auf die Novemberpogrome und ihrer Auswirkungen ist zwischen zwei Aspekten zu unterscheiden: zwischen dem vordergründigen Geschehen und dem Gesamtrahmen, in den sich die Vorgänge einordnen*.* Das *vordergründige* Geschehen wird beherrscht durch das Attentat Herschel Grynszpans auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris vom Rath sowie durch die Ausschreitungen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, die Vorgänge der „Reichskristallnacht“. Wichtiger ist jedoch der *Gesamtrahmen*. Nur mit Blick auf ihn wird erkennbar, dass es sich bei den Novemberpogromen nicht um ein akzidentelles, aus einer aktuellen Entwicklung sich herleitendes Ereignis handelt, sondern um ein *Teilelement innerhalb eines seit Langem bestehenden Planes*, das nur aufgrund der Koinzidenz verschiedener Umstände den Charakter eines historischen Einschnitts erhält.

Über die Gewichtung dieser beiden Aspekte besteht in der Forschung seit Langem Einigkeit. Die Zerschlagung des deutschen Judentums und seiner wirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Strukturen war von Anfang an ein zentrales, programmatisches Ziel der nationalsozialistischen Politik. Seine stufenweise Umsetzung hatte in der zweiten Hälfte des Jahres 1938 längst begonnen, und die Auswirkungen waren signifikant. Gleichwohl unterscheidet sich die bisherige Vorgehensweise von der, die im Gefolgeder Novemberpogrome zur Anwendung kommt. Ludolf Herbst spricht in Hinblick auf die Phase *vor 1938* von einer „schleichenden“ Arisierung, die „allmählich zu einer tödlichen Bedrohung des jüdischen Lebens in Deutschland“ wurde.[[1]](#footnote-1) Die Alters- und Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung hatte sich seit 1933 entscheidend verändert, und es hatte sich in der jüdischen Bevölkerung eine räumliche Konzentration insbesondere auf Berlin vollzogen:

„Ende 1937 lebten noch etwa 400 000 Juden in Deutschland, 130 000 waren in den vorangegangen fünf Jahren ausgewandert. Die meisten wohnten in den Großstädten, 140 000 allein in Berlin. Berufsverbote, Boykott und Auswanderung der Jüngeren hatten die Sozialstruktur stark verändert. Mittlerweile war jeder zweite deutsche Jude über 50 Jahre alt, jeder vierte auf Wohlfahrtshilfe angewiesen.“[[2]](#footnote-2)

Von dieser Entwicklung waren die in jüdischem Besitz befindlichen Banken und Großunternehmen zu diesem Zeitpunkt zu einem großen Teil *noch* *nicht* betroffen.

Der Blick auf die vergleichsweise schonende Behandlung der in jüdischem Besitz befindlichen Banken und Großfirmen hat lange eine adäquate Einschätzung der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen verhindert. Banken und Großfirmen unterlagen einer Sonderbehandlung. Banken und Großunternehmen waren eine wesentliche Stütze des Exports:

„Die größte Widerstandskraft gegen die Verfolgung besaßen die großen jüdischen Firmen und Banken. Sie verfügten in der Regel über gute Auslandskontakte, waren in hohem Maße im Export tätig, und ihre ‚Liquidierung‘ riß entsprechend große Lücken in die Volkswirtschaft. Zudem waren zu ihrer ‚Arisierung‘ große Kapitalsummen erforderlich. Sie hatten also einen größeren Schutz, […] weil die zu befürchtenden Folgen einer ‚Arisierung‘ zu einer gewissen Vorsicht zwangen.“[[3]](#footnote-3)

Der nationalsozialistische Staat folgte also Eigeninteressen, wenn er mit den jüdischen Banken und Großfirmen vorsichtiger umging als mit Klein- und Mittelbetrieben. Das Ziel der Zerschlagung des deutschen Judentums blieb jedoch weiter bestehen. Er hatte durch den „Anschluss“ Österreichs sogar an Dynamik gewonnen.

In der Ministerratssitzung vom 28. April 1938 gibt Göring bekannt, dass die Politik der Reichsregierung nunmehr „auf die *restlose* Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben abziele“.[[4]](#footnote-4) Wenige Monate später, zeitlich aber noch *vor* den Novemberpogromen, spricht er das Thema ein weiteres Mal an. An Entschiedenheit fehlt es dabei nicht: Um die Rüstungsproduktion weiter steigern zu können, müssten die Juden *„aus der Wirtschaft ‘raus“*. In diesem Zusammenhang wird auch bereits von der Möglichkeit der Einrichtung von „Ghettos“ und von Zwangsarbeit gesprochen – also von Maßnahmen, die der aktuellen Situation vorauszugreifen scheinen:

„Wie eng Göring den Zusammenhang zwischen ‚Arisierung‘ und Rüstung sah, wird auch daran deutlich, daß er sie keineswegs als Mittel betrachtete, die Auswanderung der Juden zu forcieren. Die Auswanderung koste vielmehr Devisen, über die Deutschland nicht verfüge. Im Notfall müsse man für die Juden ‚Ghettos in einzelnen Großstädten‘ errichten. Auch könne man daran denken, die arbeitslos gewordenen Juden in Arbeitskolonnen zusammenzufassen.“[[5]](#footnote-5)

„Rücksichtnahme“ war nicht länger erforderlich. Die Reaktionen in Zusammenhang der Annexion Österreichs und der mit der Annexion einhergehenden Ausschreitungen hatten vielmehr gezeigt, dass Einspruch von Seiten des Auslands nicht zu erwarten war. Ähnlich verhielt es sich beim Münchner Abkommen. Das Ausland hatte die Vorgänge als fait accompli billigend zur Kenntnis genommen. – In Anbetracht dieser Reaktionen betont Ludolf Herbst noch einmal die Eigengesetzlichkeit der nunmehrigen Entwicklung:

„Vor allem der Anschluß Österreichs wirkte dynamisierend auf die nationalsozialistische Judenpolitik, und das Münchener Abkommen führte das Argument ad absurdum, dem Antisemitismus müsse mit Rücksicht auf das Ausland gesteuert werden.“[[6]](#footnote-6)

Damit hatten sich letzte Blockaden gelöst.[[7]](#footnote-7) Wie und in welcher Form die Absichten umzusetzen waren – diese Frage blieb momentan offen.

Das Grynszpan-Attentat kam der nationalsozialistischen Führung unter den Umständen zupass. Darauf deutet auch ein Szenarium hin, das Ende Mai 1937 im Zusammenhang der Aufmarschplanungen gegen die Tschechoslowakei entworfen worden war. Neben dem Fall einer allmählichen Zuspitzung der Konfrontation war schon hier war als auslösendes Moment eines Einmarsches auch der Fall *eines Attentats auf einen deutschen Diplomaten* ins Auge gefasst worden:

„Handeln nach einer Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, die sich allmählich zuspitzen und zum Kriege führen“, und „[b]litzartiges Handeln auf Grund eines Zwischenfalls (z.B. *Ermordung des deutschen Gesandten* *im Anschluß an eine deutschfeindliche Demonstration*)“.[[8]](#footnote-8)

Grynszpan verübte das Attentat auf den Gesandtschaftsrat vom Rath in Reaktion auf die „Polen-Aktion“, die systematische, massenhafte Abschiebung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit.[[9]](#footnote-9) Natürlich hatte diese Zwangsabschiebung in der internationalen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und Proteste hervorgerufen. Praktische Konsequenzen waren jedoch nicht gefolgt. Angesichts dieser Entwicklung passte das Attentat vorzüglich zu den politischen Absichten der NS-Führung, indem es die internationale Öffentlichkeit ablenkte und zugleich die Möglichkeit „spontaner Massenproteste“ gegen „die Juden“ ermöglichte.

**\***

Die kritische Zuspitzung der antijüdischen Politik wird aufmerksam, jedoch begleitet von zunehmender Resignation, von Erich Rinner, dem Redakteur der *Deutschland-Berichte* der SPD (Sopade) kommentiert. Das Jahr 1938 markiert für ihn einen Wendepunkt in der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Der Anschein eines ‚bloß‘ repressiven Antisemitismus schwindet; stattdessen tritt für Rinner eine klar konturierte Verfolgungspolitik in Erscheinung. Das Dritte Reich gewinnt innenpolitische Handlungsoptionen, weil die westlichen Demokratien nicht eingreifen. Rinner verweist mit Recht auf die Koppelung von Außen- und von Judenpolitik. Er sieht Gefahren antisemitischer Ausschreitungen aufziehen. Zum „Schreckensregiment in Österreich“ notiert er:

„Das Schicksal der deutschen Juden ist seit der Angliederung Österreichs in ein neues Stadium getreten. Die Nationalsozialisten haben aus den österreichischen Erfahrungen den Schluß gezogen, daß ein rasches Vorantreiben der Judenverfolgungen dem System nicht schaden könne, daß die Entfesselung aller antisemitischen Instinkte in den Reihen der Anhängerschaft, die Duldung des offenen Pogroms weder wirtschaftliche Schwierigkeiten noch einen erheblichen Prestigeverlust in der Welt nach sich ziehe. Von dieser Vorstellung geleitet, deren Richtigkeit hier nicht untersucht werden soll, bringt das Regime die Wiener Methoden rücksichtslos auch im alten Reich zu Anwendung.“[[10]](#footnote-10)

Juli 1938 schreibt er speziell über die Zunahme der Judenverfolgung „im alten Reich“:

„Die Frage nach den *Beweggründen* der neuen, mit maßloser Brutalität durchgeführten Judenverfolgung, ist schwer zu beantworten. Richtig ist, daß die Diktatur, um ihre Propagandamaschinerie in Schwung zu halten und die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu erklären, einen Feind braucht. Nichts ist bequemer und gefahrloser, als ‚Alljuda‘ als diesen Feind hinzustellen. Aber diese Erklärung reicht nicht aus […] Vielmehr scheint es das Regime *auf die völlige Vertreibung der Juden* abgesehen zu haben.“ (S. 739; Hervorhebung – F.T.)

Rinner weist auch auf den Zusammenhang der Judenverfolgung mit den Kriegsvorbereitungen hin. Noch – auch dieser Gedanke ist aufschlussreich – verbiete sich ein gewaltsames Vorgehen, ein „Abschlachten“ der Juden. Stattdessen bietet es sich an, dass der Druck, der die erwünschte Massenemigration auslöst, verstärkt wird:

„Schließlich ist die Judenvertreibung auch ein Teil der deutschen Kriegsvorbereitungen. Das Regime kann sich im Kriegsfall auf die Juden nicht verlassen. Alle 400 000 Juden aber einzusperren oder abzuschlachten, ist schwer möglich. Deshalb ist es das beste, wenn die Juden, so schnell es geht, aus dem Lande getrieben werden.“ (S. 740)

Dass Zusammenspiel von langfristigen Planungen und spontanem Handeln unter Ausnutzung einer aktuellen Situation entgeht Rinner jedoch. Trotz aller subtilen Überlegungen vermisst er „Rationalität“ im Handeln der Nationalsozialisten. Er gebraucht zwar den Terminus „Rassenhass“, aber die exterminatorische Komponente, die der Begriff enthält, passt nicht mit seinem Menschenbild überein:

„Man wird sich damit abfinden müssen, daß die Suche nach rein rationalen Beweggründen an eine Grenze stößt. Einige der Gesetze und Verfügungen […] können nur von einem wütenden Rassenhaß diktiert sein, der sich jeder vernunftmäßigen Deutung entzieht. Die Sucht, ohne Unterlaß auf Besiegte und Wehrlose einzuschlagen, eine Sucht, die der Nationalsozialismus übrigens nicht nur den Juden gegenüber an den Tag legt, ist für den objektiven Beobachter unfaßbar. Es bleibt nichts anders übrig, als ihr Vorhandensein festzustellen, und ihre jeweiligen Wirkungen zu registrieren.“ (S. 740)

Im September 1938, nach dem Münchener Abkommen, formuliert Rinner grundsätzliche Kritik an der Politik der europäischen Demokratien. Er wirft ihnen Versagen vor. Direkt davon betroffen sei auch die innerdeutsche Opposition: Der Frieden sei „trügerisch“, und für ein trügerisches Ziel das Leben einzusetzen, lohnt es sich nicht:

„Wir haben an dieser Stelle wieder und wieder Berichte darüber zusammengestellt, wie stark die Entwicklung der innerdeutschen Opposition von dem Gang der außenpolitischen Entwicklung abhängt. Diese Berichte haben übereinstimmend erkennen lassen, daß in den letzten Jahren nichts die Kraft und Entschlossenheit der Opposition mehr geschwächt hat als die außenpolitischen Erfolge Hitlers, ein über das andere Mal errungen durch das Zurückweichen der Demokratien vor der Drohung der brutalen Gewalt. Schon die vorstehenden Berichte lassen erkennen, wie sehr diesmal alle Gegner der Diktatur ihre Hoffnung daraus gesetzt hatten, daß sich die Demokratien endlich zum Widerstand aufraffen würden.

Das Münchener Abkommen hat diese Hoffnung aufs furchtbarste enttäuscht. Noch mehr: es erschüttert die Opposition gegen Hitler in ihrem innersten Kern, in ihrem Glauben an den schließlichen Sieg des Rechts und die Wiederherstellung von Treu und Glauben an die Welt. Wo sollen die Gegner der Diktatur die seelische Kraft hernehmen, für diese Ideale ihr Leben einzusetzen, wenn die demokratischen Weltmächte diese Ideale preisgeben, um sich einen trügerischen Frieden zu erkaufen?“ (S. 939 f.)

**\***

Herschel Grynszpan verübt das Attentat auf den Legationssekretär vom Rath am 7. November. Bei seiner Verhaftung sagte er über die Motive: „Ich handelte aus Liebe zu meinen Eltern und zu meinem Volk, das ungerechterweise einer unerhörten Behandlung ausgesetzt wurde. Er fügte hinzu: „Es ist schließlich kein Verbrechen, Jude zu sein. Ich bin kein Hund. Ich habe ein Recht auf Leben. Mein Volk hat ein Recht, auf die dieser Erde zu sein.“[[11]](#footnote-11)

Erste antisemitische Unruhen brechen bereits am 7. November in Kassel und in seiner Umgebung aus.[[12]](#footnote-12) Am 8. November wiederholen sich die Vorgänge; sie erstrecken sich jetzt auf insgesamt zwei Dutzend Gemeinden in elf Landkreisen.[[13]](#footnote-13) Die Pogrome werden von lokalen Nazigrößen initiiert;[[14]](#footnote-14) sie erfahren Unterstützung durch erhebliche Teile der Bevölkerung. Ob es sich hier um Aktionen handelt, mit denen sich einzelne NS-Führer profilieren wollen, oder um Pilot-Pogrome, ist in der Forschung umstritten.[[15]](#footnote-15) In der Münchner Ausgabe des *Völkischen Beobachters* werden sie nur mit einem einzigen Satz erwähnt; in den norddeutschen Zeitungen fehlen die Meldungen. Sogar *Der Angriff* unterlässt jegliche Nachricht. Das Ausbleiben von Reaktionen in der Presse geht zweifelsohne auf Anweisungen des Propagandaministeriums zurück. Statt über die Pogrome zu berichten, konzentriert sich die Presse auf die jährliche Feier zur Erinnerung an den Hitler-Putsch vom 9. November 1923. Die gesamte Führung der NSDAP ist aus diesem Anlass in München anwesend.

Die Meldung vom Tod Ernst vom Raths trifft um 17.30 Uhr in Berlin ein. Als Hitler in München seine Wohnung verlässt, um am traditionellen „Kameradschaftsabend“ im Alten Rathaussaal teilzunehmen, der um 19.00 Uhr beginnt, ist ihm die Nachricht bekannt. Nach Aussagen eines hochrangigen SA-Offiziers fragt man ihn nach der Art des polizeilichen Eingreifens gegen Randalierer. Seine Antwort ist, „man solle aber nicht zu scharf gegen die empörten Leute vorgehen“. Das ist eine indirekte Zustimmung zur Gewalt.[[16]](#footnote-16) Die Nachricht über den Tod vom Raths wird jedoch zunächst *nicht* bekannt gegeben. – Nachdem Hitler die Veranstaltung um 22 Uhr verlassen hat, teilt Goebbels den Tod vom Raths mit und hält in diesem Zusammenhang eine antisemitische Brandrede. Er weist dabei auf die Demonstrationen hin, die am Abend des 8. Novembers stattgefunden haben, und fügt hinzu: „Der Führer […] habe entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.“[[17]](#footnote-17) Die Mehrheit der Anwesenden versteht diese Formulierung als Aufforderung zur Organisation einer sogenannten „spontanen Aktion des Volkszorns“.[[18]](#footnote-18) Gegen 23 Uhr begeben sich die Parteifunktionäre und SA-Führer in ihre Quartiere und rufen ihre „Heimatorganisationen“ an. Die mündlich erteilten Befehle fordern zum Vorgehen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen auf. Etwa um Mitternacht laufen die Aktionen überall im Reich an.[[19]](#footnote-19)

Ein Fernschreiben von Heinrich Müller, dem Chef der Gestapo, an alle Gestapo-Dienststellen von 23.55 Uhr zeigt, dass die Entscheidungen „ganz oben“[[20]](#footnote-20) getroffen wurden. Zunächst wird bekannt gegeben, dass „Aktionen“ gegen Juden stattfinden werden und dass sie insbesondere gegen Synagogen zielen. Danach wird die Gestapo angehalten, „wichtiges Archivmaterial“ aus Synagogen sicherzustellen. Im dritten Punkt wird die Gestapo angewiesen, sich auf „die Festnahme von etwa 20 – 30 000 Juden im Reich“ vorzubereiten. Dabei seien „vor allem vermögende Juden“ auszuwählen. Im vierten Punkt heißt es, dass die Gestapo „die schärfsten Maßnahmen“ gegen Juden ergreifen solle, die mit Waffen angetroffen würden; zugleich wird die Erlaubnis erteilt, SS-Einheiten zu mobilisieren.[[21]](#footnote-21)

Eine Darstellung des Ablaufs der Pogrome liefert Alan E. Steinweis in seiner Überblicksdarstellung *Kristallnach 1938*.[[22]](#footnote-22) Mit dem Band *Novemberpogrom 1938*[[23]](#footnote-23) liegt zudem eine Sammlung zeitgenössischer Dokumente über das regionale Geschehen vor. – Wolfgang Benz fasst in dem Artikel *Die jüdische Emigration* im *Handbuch der deutschsprachigen Emigration* die Ereignisse mit folgenden Worten zusammen:

„Der Pogrom vom 9. November wurde für die deutschen Juden zur Apokalypse […]. Fast 30 000 jüdische Männer wurden nach der ‚Reichskristallnacht‘ für Wochen oder Monate in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen eingeliefert. Ihre Drangsalierung und Demütigung hatte den Zweck, den Auswanderungsdruck zu erhöhen.“[[24]](#footnote-24)

Ludolf Herbst verweist darauf, dass die Reichsregierung das Augenmerk ausschließlich auf den ökonomischen Schaden richtete:

„Die Ministerrunde, die am 12. November 1938 zusammentrat, um das weitere Vorgehen zu beraten, stellte fest, daß bei dem Pogrom 101 Synagogen ‚durch Brand zerstört‘, 76 Synagogen ‚demoliert‘ und 7500 jüdische Geschäfte zerstört worden seien. […] Der Versicherungsexperte, den die Runde einbestellt hatte, bezifferte die Gesamtschäden des Pogroms auf 25 Mio RM.“[[25]](#footnote-25)

Herbst fährt fort:

„Natürlich sprach die Runde nicht oder nur in zynischer Weise von dem Leid der betroffenen Menschen. Mehr als 100 Juden waren bei den Aktionen getötet worden, unzählige wurden verprügelt und zum Teil lebensgefährlich verletzt, gedemütigt und psychisch gebrochen. Einige begingen Selbstmord, andere litten ein Leben lang an den Folgen der körperlichen und seelischen Verletzungen, die sie damals davon trugen. Tausende wanderten aus, 1938/39 allein 120 000, weil sie die Vorgänge ganz zu Recht als den Beginn eines Krieges gegen die Juden begriffen“.[[26]](#footnote-26)

Diese Feststellungen bedürfen keiner Kommentierung. Herbst fährt fort:

„Am 12. November 1938 trat die ‚Erste Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben‘ in Kraft, die den Juden praktisch alle noch bestehenden Erwerbsmöglichkeiten versperrte. Am selben Tag erging die ‚Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit‘, die ihnen eine Kontribution von 1 Mrd. RM auferlegte“.[[27]](#footnote-27)

Mit diesen Maßnahmen war der jüdischen Bevölkerung die Lebensgrundlage entzogen. An die Verfolgung schloss sich die systematische Vertreibung an: die Zwangsmigration. Auch hier knüpfte die nationalsozialistische Führung an die Erfahrungen an, die bei der Annexion Österreichs gemacht worden waren. Im August 1938 war in Wien die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ eingerichtet worden. Ihr Leiter war Adolf Eichmann.[[28]](#footnote-28) Am 24. Januar 1939 ordnete Göring die Bildung einer „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ an. Ihr Chef wurde Reinhard Heydrich, die Geschäftsführung übernahm der Chef der Gestapo Heinrich Müller. Sein Nachfolger wurde im Oktober 1939 Eichmann.[[29]](#footnote-29)

Im Zuge der Novemberpogrome waren nahezu 30 000 jüdische Männer verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen worden. Im Falle des Nachweises der Auswanderung wurde ihnen Entlassung in Aussicht gestellt.[[30]](#footnote-30) Hierfür wurde eine Frist von drei Wochen gesetzt. Gelang die Emigration jedoch nicht, drohte erneute „Schutzhaft“.[[31]](#footnote-31) Eine fristgerechte Erlangung der erforderlichen Unterlagen war in der Realität allerdings kaum möglich:

„Komplizierte Paß- und Zollvorschriften, schier endlose Formalitäten und zahllose Behördengänge konnten einfach nicht innerhalb von drei Wochen erledigt werden. Zudem handelte es sich um etwa 30 000 aus der Schutzhaft freigelassene Juden, die unmöglich alle so kurzfristig ein aufnahmebereites Einwanderungsland finden konnten.“[[32]](#footnote-32)

Die Maßnahme zielte folglich vor allem darauf ab, den Druck zur Auswanderung zu verstärken. Es sollte Panik entstehen. Die Folgen waren absehbar. – Wolfgang Benz vermittelt ein anschauliches Bild der Vorgänge:

„Der Handel mit dubiosen Tickets und wertlosen Einreisevisa in überseeische Länder florierte.“ „Der Paß konnte bei der Polizei beantragt werden, wenn Unbedenklichkeitsbescheinigungen verschiedener Finanzämter beigebracht waren, aus denen hervorging, daß alle Steuern bezahlt waren und daß auch die ‚Reichsfluchtsteuer‘ entrichtet war und daß der Anteil an der ‚Sühneabgabe‘, der den deutschen Juden zynisch auferlegten Sondersteuer von einer Milliarde Reichsmark aus Anlaß des Novemberpogroms, bezahlt wurde. Das Geld war auch für diejenigen, die noch Vermögen hatten, nur mit Schwierigkeiten aufzutreiben, denn seit Ende April 1938 waren jüdische Vermögen sequestriert.“[[33]](#footnote-33)

Das Ziel der Gestapo war „die *Austreibung aller Juden*, nicht eine geordnete Auswanderung“ – so eine Formulierung von Joachim Prinz, des späteren Vorsitzenden des American Jewish Congress.[[34]](#footnote-34) Durch den Terror der ‚Reichskristallnacht‘ rückte dieses Ziel in greifbare Nähe. Es gab nur noch wenige Juden, die nicht nach einem Zufluchtsort im Ausland Ausschau hielten.[[35]](#footnote-35)

Doch die Situation, in der sich die deutschen Juden nach den Novemberpogromen befanden, war noch komplexer. Arthur Prinz, Vorstandsmitglied des Hilfsvereins der deutschen Juden, gebrauchte seinerzeit hierfür das Bild zweier gegeneinander arbeitender Mühlsteine: der Gestapo auf der einen Seite, deren Druck die Auswanderung zur zwingenden Notwendigkeit machte, und auf der anderen Seite der Gegendruck der *Auslandsorganisationen* der NSDAP, die mit allen propagandistischen Mitteln der Aufnahmebereitschaft in den potentiellen Asylländern entgegenarbeiteten. – Juliane Wetzel erläutert dieses Bild:

„Der Druck der Gestapo betraf insbesondere finanzielle Aspekte. Durch die von deutscher Seite betriebene Verarmung der jüdischen Bevölkerung und die hohen Abgaben bei der Auswanderung kam die Emigration praktisch einer Enteignung gleich. Damit hatten nur die wohlhabenderen Juden noch eine Chance, legal in ein fremdes Land zu emigrieren. Welcher Staat wollte in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten schon sein eigenes Proletariat durch mittellose Immigranten noch vergrößern? […] Die Gegner dieser Einwanderung verwiesen auf die hohe Arbeitslosigkeit nach der Wirtschaftskrise und gaben ihrer Befürchtung Ausdruck, daß jene Flüchtlinge Arbeitsplätze einnehmen würden […]. Hinzu kamen Fremdenfeindlichkeit und ein spürbarer Antisemitismus.“[[36]](#footnote-36)

Das Ziel des NS-Staates war es, durch die Einwanderung finanziell völlig verarmter Menschen soziale Schwierigkeiten in den Aufnahmeländern zu erzeugen, für die dann wiederum „die Juden“ verantwortlich gemacht würden. – Der Beleg für diese Strategie ist ein Rundbrief des Auswärtigen Amtes vom Januar 1939. Darin heißt es:

„daß es sich bei diesen Verfolgungen nicht so sehr darum handle, die Juden loszuwerden, als den Antisemitismus in die westlichen Länder, in denen Juden Zuflucht gefunden haben, zu tragen … Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, *daß es im deutschen Interesse liege, die Juden als Bettler über die Grenzen zu jagen, denn je ärmer der Einwanderer sei, desto größer die Last für das Gastland*.“[[37]](#footnote-37)

Von den 100 000 jüdischen Flüchtlingen, die zwischen November 1938 und September 1939 Deutschland verließen, wurden allein 40 000 in Großbritannien aufgenommen. Bemerkenswert ist, dass die britische Regierung im November 1938 beschloss, 10 000 jüdische Kinder aufzunehmen.[[38]](#footnote-38)

**\***

Zu den vermeintliche Randerscheinungen der Ereignisse, die sich im Zusammenhang der Novemberpogrome vollziehen, gehören die Schließung der jüdischen Verlage und Buchhandlungen bzw. das Ende des Jüdischen Kulturbundes. Die jüdischen Verlage wurden Mitte Dezember 1938 von Staatskommissar Hans Hinkel aufgefordert, ihre Betriebe „sofort u schließen und den Verkauf von Druckwerken jedweder Art einzustellen“.[[39]](#footnote-39) Am 10. November wurde auf Anweisung des „Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“ Goebbels die Arbeit des Jüdischen Kulturbundes eingestellt.[[40]](#footnote-40) Damit war die Vortäuschung eines „autonomen Bereichs jüdischer Kultur“ innerhalb des nationalsozialistischen Deutschlands beendet. 1936 unterhielt diese Organisation noch drei Schauspiel-Ensembles, eine Oper, zwei Symphonieorchester, eine Kleinkunstbühne, ein Theater für die jüdischen Schulen, einige Chöre und zahlreiche Kammermusikgruppen. Die Organisation veranstaltete darüber hinaus Vorträge und Kunstausstellungen. Sie war in fast 100 Städten aktiv.[[41]](#footnote-41) Als am 22. November der Theaterbetreib *in Berlin* auf Weisung von Staatsrat Hinkel wieder aufgenommen wurde, war die Funktion eine andere: Der Fortbestand des jüdischen Theaters in Berlin fungierte als Alibi gegenüber der internationalen Öffentlichkeit, in Berlin vertreten durch die ausländischen Botschaften und die internationale Presse, dass „Normalität“ herrsche. Auch diese Illusion von „Normalität“ gehört zum Erscheinungsbild der Novemberpogrome: Vor allem gegenüber der innerdeutschen Öffentlichkeit sollte die Bedeutung des Vorgangs heruntergespielt werden. Die Pogrome sollten als einmaliges, „spontanes“ Ereignis in Erscheinung treten – nicht als das Vorspiel zur nachfolgenden „Endlösung“.

1. Ludolf Herbst: *Deutschland,* a.a.O., S. 200. [↑](#footnote-ref-1)
2. Susanne Heim: Einleitung. – In: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden,* Bd. 2, a.a.O., S. 13 f. [↑](#footnote-ref-2)
3. Herbst: *Deutschland*, S. 202. [↑](#footnote-ref-3)
4. Ebd., S. 204. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-4)
5. „Am 14. Oktober 1938 kam Göring erneut auf die ‚Judenpolitik‘ zu sprechen. Die ‚Judenfrage‘ müsse […] ‚jetzt mit allen Mitteln angefaßt werden, denn sie [die Juden] müßten aus der Wirtschaft ‘raus. Als Grund nannte Göring eine weitere Steigerung der Rüstungsproduktion, d.h. eine Forcierung der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen.“ Beide Zitate bei Herbst: *Deutschland,* S. 205. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-5)
6. S. 199. [↑](#footnote-ref-6)
7. Ludolf Herbst weist in diesem Zusammenhang auf die Statistik der „Arisierungen“ hin: Von 50 „Arisierungen“ im April 1938, 40 im Mai und 30 im Juni steigt die Ziffer im Juli auf 60, im August auf 75, im September auf 235 [!] und im Oktober und den ersten Novembertagen auf 230 „Arisierungen“ an (Herbst: *Deutchland,* S. 205 f. [↑](#footnote-ref-7)
8. Herbst, S. 192 f.; Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-8)
9. Zur „Polen-Aktion“ vgl. Alan E. Steinweis: *Kristallnacht 1938.* Ein deutscher Pogrom. Stuttgart 2011, S. 23 f. – Die Polen-Aktion kann als Blaupause für die weiteren Aktionen verstanden werden. Hier wurden organisatorische Erfahrungen für das spätere Deportationsverfahren gesammelt. [↑](#footnote-ref-9)
10. *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)*. Jg. 5 (1938) [Reprint Frankfurt a.M. 1980], S. 732 f. – Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Band. [↑](#footnote-ref-10)
11. Steinweis: *Kristallnacht,* S. 24. – Ich folge in diesem Teil der Darstellung von Steinweis. [↑](#footnote-ref-11)
12. Zu Einzelheiten vgl. Steinweis: *Kristallnacht*, S. 28 ff. [↑](#footnote-ref-12)
13. Ebd., S. 35. [↑](#footnote-ref-13)
14. S. 30 f. [↑](#footnote-ref-14)
15. S. 29 f. [↑](#footnote-ref-15)
16. S. 48. [↑](#footnote-ref-16)
17. Herbst: *Deutschland*, S. 207. [↑](#footnote-ref-17)
18. Ebd., S. 207. – Ich folge hier der Darstellung von Ludolf Herbst. [↑](#footnote-ref-18)
19. Ebd. [↑](#footnote-ref-19)
20. Steinweis, S. 58. [↑](#footnote-ref-20)
21. Ebd. [↑](#footnote-ref-21)
22. In dem Kapitel „‚Nun ist der Tag der Rache gekommen‘“, a.a.O., S. 62 – 102. [↑](#footnote-ref-22)
23. *Novemberpogrom 1938.* Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London. Hrsg. von Ben Barkow, Raphael Gross u. Michael Lenarz. Frankfurt a.M. 2008. [↑](#footnote-ref-23)
24. Wolfgang Benz: Die jüdische Emigration. – In: *Handbuch der deutschsprachigen Emigration*, a.a.O., Sp. 12. [↑](#footnote-ref-24)
25. Herbst: *Deutschland*, S. 209. [↑](#footnote-ref-25)
26. Steinweis, S. 209. [↑](#footnote-ref-26)
27. Herbst: *Deutschland*, S. 210. [↑](#footnote-ref-27)
28. S. 213. [↑](#footnote-ref-28)
29. S. 214. [↑](#footnote-ref-29)
30. Juliane Wetzel: *Auswanderung aus Deutschland*. – In: *Die Juden in Deutschland 1933 – 1945.* Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz unter Mitarbeit von Volker Dahm (u.a.). 3. Aufl. München 1993, S. 412 – 498. [↑](#footnote-ref-30)
31. Juliane Wetzel: *Auswanderung*, S. 420. [↑](#footnote-ref-31)
32. Ebd. [↑](#footnote-ref-32)
33. Wolfgang Benz: Die jüdische Emigration. – In: *Handbuch der deutschsprachigen Emigration*, a.a.O., Sp. 12. [↑](#footnote-ref-33)
34. Zitat bei Juliane Wetzel: *Auswanderung,* S. 427. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-34)
35. Juliane Wetzel: *Auswanderung*, S. 419. [↑](#footnote-ref-35)
36. Ebd., S. 421 f. – Juliane Wetzel bezieht sich hier speziell auf die Einwanderungspolitik der USA. Die Argumentation lässt sich jedoch auch auf andere Einwanderungsländer übertragen. [↑](#footnote-ref-36)
37. Zitat bei Juliane Wetzel: *Auswanderung*, S. 426. Hervorhebung – F.T. [↑](#footnote-ref-37)
38. Ebd., S. S. 483. [↑](#footnote-ref-38)
39. Volker Dahm: *Das jüdische Buch im Dritten Reich.* 2., überarbeitete Aufl. München 1993, S. 149. [↑](#footnote-ref-39)
40. *Geschlossene Vorstellung.* Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933 – 1941. Hrsg. von der Akademie der Künste. Berlin 1992, S. 322. [↑](#footnote-ref-40)
41. Ich folge bei den Angaben Herbert Freeden: *Leben zur falschen Zeit.* Berlin 1991, S. 118 f. [↑](#footnote-ref-41)